

# «Gewissen»?

Alain Schnegg plädiert für tiefere Firmensteuern,

muss zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein. Staatsmann wird man erst im Amt.

**In der Spitalpolitik wurde vor drei Jahren ein sehr liberaler Weg eingeschlagen. Nun möchte die Spitalstandortinitiative die staatliche Lenkung wieder hochfahren, um so die Landspitäler längerfristig zu erhalten. Ein berechtigtes Anliegen?**  
**Schnegg:** Wir haben ein sehr gutes Spitalgesetz. Dieses müssen wir schützen. Es gibt aber ein paar Probleme.

**Und die Initiative bietet für diese die richtigen Lösungen?**  
**Schnegg:** Sie würde das aktuelle System für zu lange Zeit zementieren. Die geforderte Wiedereröffnung der Geburtshilfe in Riggisberg ist zudem sinnlos. Deshalb habe ich mich für einen Gegenvorschlag engagiert, der den Landspitalern den Rücken stärkt, aber weniger weit geht als die Initiative.

**Bernasconi:** Für einmal sind wir fast der gleichen Meinung. Ich lehne die Initiative ab. Ich kann mir aber vorstellen, einen Gegenvorschlag zu unterstützen.

**Die Spitalstandortinitiative ist auch Ausdruck des Stadt-Land-Grabens. Ein Problem für den Kanton?**  
**Bernasconi:** Solche Spannungen sind eine Realität. Die Leute in der Stadt ha-

«Dank der rot-grünen Regierung ist der Kanton in guter Verfassung.»

SP-Kandidat Roberto Bernasconi

ben andere Ansichten als die Menschen in den ländlicheren Gebieten. Wir müssen versuchen, einen Ausgleich zu schaffen.

**Herr Schnegg, müssen sich die rot-grünen Städte fürchten, wenn Sie Regierungsrat werden?**  
**Schnegg:** Nein, das glaube ich nicht. Mein Ziel ist es, so zu arbeiten, dass es für alle passt. Die Probleme in der Stadt sind nicht dieselben wie auf dem Land. Was mich stört, ist, dass man versucht, trotzdem überall dieselben Lösungen anzuwenden. Nehmen wir das Beispiel Verkehr: In einer Stadt macht es Sinn, in den ÖV zu investieren. Doch in ländlichen Gebieten geht das nicht. Die rot-grüne Regierung hat mehr für die Städte gearbeitet als für das Land.  
**Bernasconi:** Das stimmt nicht. Es gibt im Jura eine neue Autobahn, auch der öffentliche Verkehr ist gut.  
**Schnegg:** Wie bist du hierhergekommen?  
**Bernasconi:** Mit dem Auto. Wenn es nicht nur alle Stunden einen Zug gäbe, würden aber mehr Menschen Zug fahren.

**Einer von Ihnen wird den Berner Jura in der Regierung vertreten. Was macht den Berner Jura aus?**  
**Bernasconi:** Die Zweisprachigkeit des Kantons sollte nicht als lästige Verpflichtung oder Privileg der Minderheit betrachtet werden. Man muss klar sagen, dass das wichtig ist für das gute Zusammenleben im Kanton und auch für die Rolle Berns als Brückenkanton.  
**Schnegg:** Ich glaube, dass die Regierung viel für die frankofone Minderheit tut. Andererseits kann ich es nicht verstehen, wenn der Kanton Aufträge für Gebäude im Berner Jura nur auf Deutsch ausschreibt, wie jüngst für einen Werkhof.

**Ist das ein Einzelfall?**  
**Beide:** Nein, nein, leider nicht.

**2017 werden Moutier und vier weitere Gemeinden über einen Kantonswechsel abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass die Gemeinden abstimmen dürfen?**  
**Schnegg:** Ich finde, da sind wir zu weit gegangen. Ich sehe nicht ein, warum jedes Dorf grundsätzlich über einen Kantonswechsel abstimmen darf. Warum nicht auch jede Strasse oder jedes Haus?

**Soll Moutier nicht über einen Kantonswechsel abstimmen dürfen?**  
**Schnegg:** Persönlich sehe ich das so. In der regionalen Abstimmung hat sich der Berner Jura 2013 sehr klar für den Verbleib beim Kanton Bern ausgesprochen. Das ist für mich der massgebliche Volksentscheid. Aber inzwischen ist entschieden, dass auch Gemeinden abstimmen dürfen. Diesen Entscheid respektiere ich voll und ganz.

**Herr Bernasconi, war es ein Fehler, dass man Moutier und den anderen Gemeinden erlaubt hat, über einen Kantonswechsel abzustimmen?**  
**Bernasconi:** Der Grosse Rat wollte das ursprünglich nicht. Aber schliesslich war nicht nur das Parlament, sondern auch die ganz grosse Mehrheit der Grossräte aus dem Berner Jura für die Gemeindeabstimmungen - und darunter hat es nur drei Separatisten. Der Grund ist: Gemeinden können auch gestützt auf die Bundesverfassung einen Kantonswechsel verlangen. Man gibt nun einen Rahmen dafür vor.

**Sie fordern, die Regierung müsse vor der Abstimmung in Moutier aktiver informieren, Herr Schnegg.**  
**Schnegg:** Der Jura und die Behörden von Moutier informieren sehr intensiv - und der Kanton Bern ist leise. Wichtige Fragen wie die Zukunft der Maturitätsschule in Moutier werden nicht beantwortet.  
**Bernasconi:** Es wird nun unabhängige Untersuchungen zu diesen Fragen geben - und danach wird die Regierung ihren Text für das Abstimmungsbüchlein schreiben, in dem all diese Themen aus bernischer Sicht erklärt werden. Mehr sollte man nicht machen.

**Sind Sie nachgiebig gegenüber den Autonomisten, weil Sie auf deren Stimmen hoffen, Herr Bernasconi?**  
**Bernasconi:** Im ersten Wahlgang haben mich viele Wähler der Autonomistenpartei PSA nicht gewählt, ich hoffe, dass sie das nun tun. Natürlich brauche ich die Stimmen der PSA, meine Haltung beeinflusst das aber nicht. Die PSA kennt meine Meinung: Es ist besser für den Kanton Bern, wenn Moutier bleibt. Ob es auch besser für Moutier ist, muss die dortige Bevölkerung entscheiden. Ich mache keine Kompromisse mit der PSA. Wenn, dann wäre es meine Partei, die einen Kompromiss machen würde.

**Kommt Herr Bernasconi den Autonomisten zu stark entgegen?**  
**Schnegg:** Das muss die SP erklären. Herr Bernasconi war da recht deutlich.  
**Bernasconi:** Herr Schnegg befürchtet bloss, dass die Autonomisten für mich stimmen. Für mich ist das kein Problem. PSA heisst «Parti Socialiste».

**Aber eben auch «autonome».**  
**Bernasconi:** Ja, auch das. Aber sie haben nicht nur Wähler in Moutier.  
**Schnegg:** Es ist die Aufgabe eines Regierungsrats, sich für die territoriale Integrität seines Kantons einzusetzen.

**Ein solches Engagement kann kontraproduktiv sein. Einige Autonomisten wären froh, wenn Sie, Herr Schnegg, ihr Gegner wären. Sie sind für die PSA ein besseres Feindbild.**  
**Schnegg:** Das mag sein. Aber ich habe als Präsident des Hôpital du Jura bernois bewiesen, dass ich mich für Moutier und das Spital dort einsetze.

## Ein Könizer Bekenntnis zum inneren Verdichten

Das Könizer Parlament hat den kompletten Neubau des Quartiers am Thomasweg einstimmig gutgeheissen.

Lisa Stalder

Vierorts wird darüber geredet, in Köniz soll es gemacht werden: verdichtetes Bauen im bestehenden Siedlungsgebiet. Konkret ist geplant, dass das von der Könizstrasse, der Stationsstrasse und dem Thomasweg begrenzte Quartier im Liebefeld abgerissen und neu gebaut wird. Dabei würden die rund 140 bejahrten Wohnungen verschwinden und stattdessen schätzungsweise 240 neue Wohnungen entstehen. Um auch künftig einen sozialen Mix an Mieterinnen und Mietern zu gewährleisten, plant die Investorin HIG Wohnungen in verschiedenen Ausbaustandards und Preisklassen. Nur: Damit sie überhaupt erst bauen kann, bedarf es einer Anpassung der baurechtlichen Grundordnung. Heute dürften nur marginale Veränderungen vorgenommen werden.

Für das Könizer Parlament spricht nichts gegen eine solche Anpassung. Im Gegenteil: Das Projekt erhielt an der gestrigen Parlamentssitzung von allen Seiten gute Noten. So liess beispielsweise Andreas Lanz (BDP) verlauten, dass gleich mehrere Argumente für dieses Projekt sprächen. Es werde neuer Wohnraum geschaffen, ohne dass neues Land überbaut werden müsse. Zudem habe sich auch die Bevölkerung einbringen können, seien doch die Ideen aus der Mitwirkung gut berücksichtigt worden. Die Grünen sprachen von einem «sozialverträglichen und städtebaulich hochstehenden» Projekt. Sie zeigten sich zudem hocheifrig, dass pro Wohnung lediglich ein halber Parkplatz vorgesehen ist. Bernhard Zaugg (EVP) sprach von einem «Vorzeigeprojekt» für die Gemeinde. Obwohl auch die SP vorwiegend lobende Worte für die Vorlage fand, gab es für sie trotzdem einen «Tolgggen»: Die Partei hätte sich gewünscht, dass ein bestimmter Anteil genossenschaftlicher Wohnungen vorgeschrieben wird. Christian Roth sprach von einer «verpassten Chance».

Sie sei regelrecht überwältigt von den positiven Voten, sagte die zuständige Ge-



Diese Häuser im Liebefeld sollen abgerissen werden. Foto: Valérie Chételat

meinderätin Katrin Sedlmayer (SP). Sie sei überzeugt, dass die neue Siedlung ein Vorzeigebjekt der inneren Verdichtung werde. Sei sie erst gebaut, werde dies Köniz wohl den einen oder anderen Besuch aus anderen Städten bescheren. Doch bevor es so weit ist, muss noch die Stimmbevölkerung Ja sagen. Diese wird am 5. Juni über die Vorlage befinden. Läuft alles nach Plan, dürfte die erste Bauetappe 2019 in Angriff genommen werden. Die Bauarbeiten sollen in verschiedenen Etappen durchgeführt werden. So sei es den heutigen Mietern möglich, innerhalb der Überbauung umzuziehen. (lsb)

## Abfuhr für neue SP-Asylpolitik

Der Grosse Rat ist dagegen, dass alle Asylbewerber in Kursen Sprache und Gepflogenheiten erlernen müssen.

Der erste Test für die neue Asylpolitik der SP hat mit einer Pleite geendet. Alle Asylbewerber müssten Kurse absolvieren, in denen sie nicht nur die Sprache lernten, sondern auch, wie Frauen und Männer in der Schweiz miteinander umgingen. Das hat die SP in einer Motion gefordert. Der Grosse Rat lehnte den Vorstoss gestern mit 32 zu 90 Stimmen ab, selbst die Grünen waren dagegen.

Dies ist ein Rückschlag für die Gruppe um Grossrätin Ursula Brunner, die an ei-

ner neuen SP-Position in der Flüchtlingspolitik arbeitet. So soll etwa von den Asylbewerbern mehr gefordert werden - damit sie sich besser integrieren. Im Juni stimmen die Delegierten darüber ab (siehe «Bund» von gestern).

«Die Asylbewerber müssen nicht Goethe lesen, sondern in den Dörfern mit den Leuten sprechen können», sagte Mohamed Hamdaoui (SP) gestern im Grosse Rat. Er stammt ursprünglich aus Algerien. Gemäss Hamdaoui haben viele Asylbewerber aus muslimischen Ländern ein anderes Frauenbild. «Wir müssen ihnen sagen, dass Frauen keine Objekte sind.»

Die Grünen hätten sich zwar hinter Sprachkurse gestellt. Aus ihrer Sicht sind diese für die Integration wichtig.

Von Gepflogenheitskursen wollten sie aber nichts wissen. «Mit dieser Forderung werden alle Männer in den gleichen Topf geworfen», sagte die grüne Grossrätin Anna-Magdalena Linder.

**Ausschaffen statt Kurse besuchen**  
SVP, FDP und BDP machten geltend, dass schon heute in den Asylunterkünften im Kanton Bern über Benimm- und Anstandsregeln informiert werde. Insbesondere lehnten sie es ab, auch die vorläufig Aufgenommenen in Kurse zu schicken. «Diese Leute sollen nicht integriert, sondern schnell zurückgeschafft werden», sagte SVP-Grossrätin Andrea Gschwend-Pieren. Die Bürgerlichen waren weiter der Meinung, dass die Kurse zu viel kosten würden. (ad)

## Regierung soll sich für Politforum einsetzen

Der Grosse Rat findet es gut, wenn sich der Regierungsrat für das Politforum Käfigturm einsetzt. Konkrete Forderungen stellt er aber nicht.

Der bernische Grosse Rat findet es richtig, dass sich die Kantonsregierung für den Erhalt des Politforums im Berner Käfigturm einsetzt. Das brachte er gestern zum Ausdruck. Zusätzlichen Druck zum Erhalt des Forums übte der Rat aber nicht aus. Grossrat Bruno Vanoni (Grüne, Zollikofen) zog den stärksten Punkt einer Motion zugunsten des Politforums zurück. Damit hätte die Regierung beauftragt werden sollen, Möglichkeiten zu prüfen, das Politforum über schöne Worte hinaus ganz konkret zu fördern. Nämlich indem sich der Kanton Bern an der Trägerschaft des Forums und an dessen Finanzierung beteiligt. Dies, indem er zum Beispiel dem Bund die Miete für die Räumlichkeiten im alten Turm ganz oder teilweise erlässt.

Die Regierung hatte zuvor den Rat wissen lassen, sie sei für den Erhalt des Politforums und werde dies dem Bund auch mitteilen. Auf die Käfigturm-Mietzinseinnahmen wolle sie aber nicht verzichten. Schliesslich habe sie sich im Rahmen ihrer Stellungnahme zum sogenannten Stabilisierungsprogramm des Bundes explizit gegen jegliche Lastenverschiebungen auf die Kantone ausgesprochen. Mit der Schliessung des Forums will der Bund ab 2017 pro Jahr eine Million einsparen.

Vanoni sagte am Rand der Session, er habe gehört, es gebe Pläne zum Erhalt des Forums. Diese habe er nicht beeinträchtigen wollen durch einen Entscheid des Forums Rats. Es gelte, den Handlungsspielraum zu wahren. Deshalb habe er die Motion abgeschwächt. (sda)

## Kantonsverwaltung soll sich neu organisieren

Der Grosse Rat stösst eine Reform der Kantonsverwaltung an: Er hat gestern eine Motion überwiesen, die eine Neuorganisation der Direktionen fordert. Diese haben heute unterschiedlich viel zu tun. In der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) haben die Aufgaben zugenommen, in der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) haben sie abgenommen. Durch die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche geht diese Tendenz weiter. Der Regierungsrat hatte schon im Februar bekannt gegeben, dass er die Motion unterstützt. Er will aber nicht nur die Verhältnisse in GEF und JGK prüfen. «Wir wollen alles anschauen, ehrlich und offen», sagte Regierungspräsident Hans-Jürg Käser (FDP) im Parlament. (sda)

## Abtreibungsgegner dürfen nicht marschieren

Der «Marsch fürs Läbe», eine wiederkehrende Protestveranstaltung gegen Abtreibungen, wird in Bern wohl als «Platzkundgebung fürs Läbe» stattfinden. Die Gewerbepolizei hat auch das dritte Gesuch der Organisatoren abschlägig beurteilt, wie Leiter Norbert Esseiva auf Anfrage sagt. Die Behörden befürchten Störaktionen durch linksautonome Kreise. Daniel Regli, OK-Präsident des «Marsch fürs Läbe», ist enttäuscht, dass in Bern ein solcher Marsch nicht möglich sein soll, etwa im Unterschied zu Zürich, wo er in den Vorjahren jeweils stattfand. Ohne Zwischenfälle verliefen die Märsche dort jedoch nicht: Bei einer Gegendemonstration wurden rund hundert Personen auf die Polizeiwache gebracht. (hjo)

Anzeige

AM PULS DER MEDIZIN. HIRSLANDEN

**PUBLIKUMSVORTRAG  
BANDSCHEIBENVORFALL AN  
DER LENDENWIRBELSÄULE -  
EIN FALL FÜR DEN OP?**

**Wann:** Mittwoch, 16. März 2016, 18.30-20.00 Uhr  
**Wo:** Tagungszentrum Marzili beim Salem-Spital  
Schänzlistrasse 33 | CH-3013 Bern

**Referenten:** PD Dr. med. Ulrich Berlemann  
Dr. med. Thomas Zweig  
Spezialärzte Wirbelsäulenchirurgie

Die Teilnahme ist kostenlos. Keine Anmeldung notwendig.  
Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

HIRSLANDEN BERN | T 031 335 73 64  
KLINIK BEAU-SITE | KLINIK PERMANENCE  
SALEM-SPITAL | PRAXISZENTRUM AM BAHNHOF